

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2,35 M., in Württemberg 2,25 M. vierteljährlich, hiesu Bestellgeld 30 Pfg. Druck und Verlag der S. Hofmann'schen Buchdruckerei (Jahres: G. Reinhardt). Für die Redaktion verantwortlich: G. Klum Wildbad.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärtig 15 Pfg. die Zeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Jr. 125

Freitag, den 20. Mai 1919

16. Jahrgang.

## Die deutschen Gegenvorschläge

Berlin, 27. Mai. WZ meldet: Der allgemeine Teil der deutschen Gegenvorschläge an die alliierten und assoziierten Mächte behandelt im 1. Abschnitt die Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen.

Die deutsche Abordnung ist an die Aufgabe des Friedensabchlusses in der Rechtserklärung herangehtreten, daß der wesentliche Inhalt des künftigen Friedensvertrages schon durch seine Vorgehensweise in seinen Grundzügen bestimmt und damit für die Verhandlungen von Verträgen eine sichere Grundlage gegeben war. Aus dem Notenwechsel, der zu dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 geführt hat, geht hervor:

1. Deutschland hat ausdrücklich als Grundlage für den Frieden ausschließlich die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Kundgebungen angenommen. Anders Grundlagen hat weder Wilson noch irgend eine andere der alliierten Regierungen nachträglich gefordert. Die Annahme der alliierten Waffenstillstandsbedingungen sollte nach Wilsons eigener Versicherung der beste Beweis für die unabweisliche Annahme der oben erwähnten Bedingungen und Grundlage für den Frieden seitens Deutschlands sein.
2. Deutschland hat die alliierten Waffenstillstandsbedingungen angenommen und trotz ihrer furchtbaren Härte mit allen Kräften durchgeführt. Es hat damit den vom Präsidenten Wilson geforderten Beweis geführt und dadurch ein weitestmögliches Anrecht auf Frieden des Rechts erworben.
3. Die Alliierten haben ebenfalls die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Kundgebungen als Friedensgrundlage angenommen.
4. Es besteht also zwischen den beiden Parteien eine feierliche Vereinbarung über die Friedensgrundlage. Deutschland hat ein Recht auf diese Friedensgrundlage. Ihr Verlassen auf Seiten der Alliierten wäre der Bruch des völkerrechtlichen Abkommens.
5. Nach den eigenen Worten Wilsons muß der Friede auf dem Wege der Verhandlungen zustande kommen. Ein Diktatfrieden wäre ein Bruch einer gegebenen Zusage. Diese Verhandlungen können sich nur auf die Anwendung der 14 Punkte an der weiteren Kundgebung Wilsons erstrecken. In der Grundlage für die Gestaltung des Friedens sind also weder die 14 Punkte Wilsons noch die deutsche Regierung wegzufallen. Vielmehr erstreckt sich die deutsche Regierung nach wie vor auf die unabweisliche Rechtsgrundlage des Friedensabkommens.

Der 2. Abschnitt beschäftigt sich mit dem Widerspruch zwischen dem Vertragsentwurf und seinen Rechtsgrundlagen, sowie den früheren Zusicherungen der feindlichen Staatsmänner und den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts. Unsere Gegner haben wiederholt erklärt, daß sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk führten, sondern gegen eine imperialistische und unverantwortliche Regierung. Unsere Gegner wiederholten immer wieder: Auf diesen Krieg ohne gleichen soll auch eine neue Art des Friedens folgen, ein Friede des Rechts und kein Friede der Gewalt; ein neuer Geist soll von diesem Frieden ausgehen und sich in einem Bande der Völker verkörpern, zu dessen Mitgliedern auch Deutschland gehören müsse. Deutschlands Stellung unter den Völkern soll nicht vernichtet werden und es sollte das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker anerkannt werden.

Die vorgelegten Friedensbedingungen stehen zu allen solchen feierlichen Versicherungen im offenbaren Widerspruch. Die neue Verfassung des Deutschen Reichs, die Zusammenziehung seiner Volksregierung entsprechen den freigestellten Grundzügen der Demokratie. Aber diese Tatsachen sind völlig unberücksichtigt geblieben. Es ist kaum abzusehen, welche härteren Bedingungen einer imperialistischen Regierung hätten auferlegt werden können. Auch die von französischen und englischen Staatsmännern wie vom Präsidenten Wilson wiederholt gegebene feierliche Zusicherung, daß der Friede ein Friede des Rechts, kein Friede der Gewalt sein soll, ist nicht eingehalten worden.

Zunächst in den Gebietsfragen: Im Wesen soll ein rein deutsches Gebiet an der Saar mit mindestens 100.000 Einwohnern nur deshalb vom Deutschen Reich getrennt werden, weil Ansprüche auf die dort vorhandenen Kohlen gemacht werden. 15 Jahre lang soll dieses Gebiet von einer Kommission regiert werden, auf deren Ernennung die Bevölkerung keinen Einfluß hat. In Schleswig ist die Grenze für die Abstimmung durch rein deutsche Gebiete gezogen und geht weiter als sogar die dänische Regierung es wünscht. Den Bestimmungen über Oberschlesien, Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Danzig liegt gar kein Rechtsgedanke zu Grunde. Auch die Regelung der kolonialen Frage widerspricht dem Rechtsfrieden. Ueber den sämtlichen Forderungen des Friedensvertrages steht der Satz: Macht geht vor Recht!

Das Deutsche Reich soll sich im voraus allen Verträgen und Verbindungen seiner Feinde mit den Staaten unterwerfen, die auf einem Teil des alten römischen Reichs errichtet sind oder errichtet werden, und zwar

selbst in Bezug auf seine eigenen Grenzen. Ferner behalten sich die feindlichen Regierungen das Recht vor, in ihren Gebieten auf unbestimmte Zeit nach Inkrafttreten des Friedensvertrages alles deutsche Eigentum ohne irgendwelche Entschädigung und ohne Rücksicht auf die Zeit seiner Einbringung aufzulösen oder anderweitigen beliebigen Kriegsmassnahmen zu unterwerfen, sogar in den deutschen Kolonien und in Elsaß-Lothringen.

Es wird verlangt, daß deutsche Staatsangehörige den Gerichten der feindlichen Großmächte ausgeliefert werden, während doch eine unparteiische Behörde eingegriffen werden müßte, die alle in diesem Krieg vorgenommenen Völkerverletzungen festzustellen hätte, von wem immer sie geltend gemacht werden. Obgleich Präsident Wilson in seiner Rede vom 26. Oktober 1918 anerkannt hat, daß keine einzelne Tatsache den Krieg hervorgerufen hat, sondern im letzten Grund das ganze europäische System, die tiefere Schuld am Krieg trägt, soll Deutschland anerkennen, daß Deutschland und seine Verbündeten für alle Schädigungen, die die gegnerische Regierung und ihre Angehörigen, durch seinen und seiner Verbündeten Angriff erlitten haben, verantwortlich sind. Es ist es eine unabweisbare Tatsache, daß einige der feindlichen Staaten, wie Italien und Rumänien, ihr eigenes Gebietsverbreitungen halber in den Krieg eingetreten sind. Abgesehen davon, daß also eine einwandfreie, rechtliche Grundlage für die Deutschland aufgebundene Entschädigungsansprüche nicht gegeben ist, soll die Höhe dieser Entschädigung durch eine lediglich feindliche Kommission festgestellt werden, ohne Anteil Deutschlands an der Beschaffung. Die Beauftragte dieser Kommission laufen einfach darauf hinaus, Deutschland wie eine große Konkursmasse zu verwalten. Wie es angeordnete Menschenrechte gibt, so gibt es unangeordnete Rechte der Völker. Aber das oberste Grundrecht aller Staaten ist das Recht der Selbsthaltung. Mit diesem Grundrecht ist die Zustimmung, die hier an Deutschland gestellt ist, unvereinbar.

Was den Völkerbund anlangt, so ist sein Statut in Widerspruch mit den zahlreichen früheren Kundgebungen unserer Gegner ohne Deutschlands Mitwirkung festgestellt worden und das, was der Friedensvertrag festsetzt, ist nur eine Fortdauer der gegnerischen Vereinigungen, die den Namen „Völkerbund“

leitend am ganzen Körper, ein gebrochener Mann, sank der Freiherr in seinen Stuhl zurück. Er war offenbar, daß er jetzt erkannte, wie er sich in der Gewalt seines stolzen, so erbarmungslos auf ihn niederschlagenden und durch ihn selbst in dieser Unglücksstunde so schwer beleidigten Gastes befand. Da war keine Hoffnung, kein Entrinnen! In dieser bitteren Ueberzeugung beugte er wie ein Verurteilter die Haupt und verhällte mit zitternder Hand das angstentstellte Gesicht vor dem finsternen Blick des Gegners.

Lange beobachtete den Freiherrn eine Weile mit grimmiger Genugtuung und hob dann in ruhiger, ja in sanftem Tone an: „Sie haben bis jetzt noch keine Ursache, zu verzweifeln, Herr Baron. Noch hätte ich die Angelegenheit, die, wie ich nicht leugne, von größter Wichtigkeit ist, völlig und allein in der Hand. Wenn Sie mir Ihr volles Vertrauen schenken und sich unbedingt meiner Leitung überlassen wollen, werde ich es hoffentlich möglich machen, die Ehre Ihres Hauses zu wahren und Ihr großes Vermögen Ihren Kindern unversehrt zu erhalten.“

„Dazu wollten Sie... Sie die Hand bieten, mein lieber Lange, nachdem ich Ihnen heute in einer unglücklichen Verstimmung recht launenhaft erschienen sein muß? — Hätte ich mich einem Fremden gegenüber so geben lassen, es wäre höchst fatal. Aber ein Freund wie Sie weiß es richtig zu nehmen und zieht keine falschen Schlüsse daraus. Ist es nicht so, mein lieber Lange?“

„Ich bin erfreut, daß Euer Gnade mich als Ihren Freund bezeichnen, und ich bitte Sie dringend, sich dieser meiner Eigenschaft stets erinnern zu wollen. Denn es wird uns, Ihnen und auch mir, manches erleichtern, was zwischen uns zur Sprache kommen muß.“

Der Blick, den der Freiherr auf seinen Gast heftete, verriet viel eher Mißtrauen und Vertrauen, und dem entsprach auch seine etwas grämliche Bemerkung: „Ich weiß ja noch gar nicht, was Sie eigentlich entdecken wollen, noch gar nichts.“

„Ich bitte Sie deshalb, Einsicht nehmen zu wollen.“

len.“ sprach der Landrichter, eine Anzahl beschriebener Blätter vor dem Freiherrn niederlegend.

„Aber, mein Herr,“ rief dieser in zorniger Ueberregung. „Das ist ja Ihre eigene Handschrift!“

„Allerdings, Herr von Roudorf. Damit kein Unbegriffener einen Blick in die gefährliche Lage erlange, in die Sie eines Tages verlegt werden könnten, habe ich selbst mich der Mühe unterzogen, dieses belastende Geständnis zu Ihrem Gedächtnis abzusprechen.“

„Aber wozu das? Das war ja ganz und gar überflüssig. Sie konnten mir ja einfach das Original einhändigen.“

„Dazu hielt ich mich nicht für ermächtigt.“

„Nicht für ermächtigt? Wer könnte Ihnen denn in dieser Sache wohl etwas zu gestatten oder zu unterfragen haben, außer mir, den Sie zunächst angeht?“

„Sie irren, Herr Baron! Wenn Sie sich mit dem Inhalte dieser Blätter bekanntmachen wollen, werden Sie finden, daß es andere gibt, die dadurch ebenso nahe, wenn auch zum Teil in erfreulicherer Weise, berührt werden, wie Euer Gnaden.“

„Alle Wetter!“ murmelte der Baron zwischen den Zähnen und beugte sich über die Blätter, bevor er aber zu lesen begonnen, fuhr er wieder auf: „Aber das Original? Sie werden es doch bei sich haben?“

„Nein, das wäre ja völlig zwecklos, da ich Ihnen eine wörtliche Abschrift einhändigte. Sie dürfen sich aber jeder Sorge für die absolute Sicherheit des Dokumentes entschlagen. Ich allein habe davon Kenntnis genommen. Es ruht jetzt wohlverwahrt in einem geheimen, jedem Unbegünstigten unzugänglichen Fach meines Schreibtisches, bis —“

Der Sprechende brach plötzlich ab. Die Blätter des Edelmannes und des Richters trafen sich und boberten sich beif einander, beiderseits aber alles andere als freundschaftliche Gesinnungen der beiden Männer verrätend. Der Freiherr erkannte in diesem Augenblick, daß er sich nicht nur in der Gewalt seines Gastes befand, sondern daß dieser auch fest entschlossen war, dieselbe mit voller Rücksichtslosigkeit anzuwenden, um seine Zwecke zu erreichen.

## Landrichter Lange.

Roman von Maria Tenjen, g. b. di. Sebergandl.

„Was wollen Sie, Herr? — Sie sprechen mir von Familienpapieren, enthalten sie mir vor und gestehen mir, daß Sie sie selbst gelesen haben. Und das soll mich nicht aufregen? — Wären Sie etwa, daß Ihr Eigenschaft als Landrichter Ihnen jede Anrecht...“

„Nicht weiter, Herr von Roudorf!“ unterbrach Lange seinen Wirt, soeben in seiner vollen Höhe sich erhebend. „Wohin Sie das Wort das Ihnen an der Lippe schwebte, auszusprechen, wäre das Tafelred zwischen uns entzwei geschnitten. Und das wäre Ihr Verderben, — denn Sie sind in meiner vollen Gewalt!“

„Sie drohen mir?“ schrie der Freiherr, zwischen Wut und Schrecken schwankend. „Wer hat Ihnen diese Gewalt gegeben, wenn nicht Ihre — Ihre...“

„Meine Durchsicht der erwähnten Papiere, die, was ich wohl zu beachten bitte, mir übergeben wurden und an mich adressiert sind.“

Der Freiherr schwieg erschöpft. „Der Schreiber seiner versüßigten Zellen,“ fuhr der Landrichter fort, „der angenommen zu haben scheint, daß in meinen bürgerlichen Händen die Rechte des benachteiligten Zweiges einer hochadeligen Familie besser aufgehoben seien als in den Ihren.“

„Wissen Sie wohl, daß Sie beleidigend werden, mein Herr?“

„Ich beabsichtige das nicht entfernt, Herr Baron, sondern geborene nur der Notwendigkeit, Ihre Fragen der Wahrheit gemäß zu beantworten,“ entgegnete Lange, wieder in den Ton ruhiger Höflichkeit einlenkend.

„Aber wer ist denn dieser infame Schreiber? Wo hält er sich auf?“

„In Wöhrden. Er ist der Pfarrer des Dorfes Glibitz.“





nicht verdient. Statt der extramittierten beängstigten Allianz der Völker steht die ungeliebte Idee der heiligen Allianz von 1815 wieder, der Glaube, von oben herab auf dem Wege diplomatischer Konferenzen mit diplomatischen Organen der Welt einen Frieden sichern zu können.

Immer wieder haben Deutschlands Feinde vor aller Welt versichert, daß sie nicht auf eine Vernichtung Deutschlands hinaus wollen. Im Widerspruch dazu scheint das Friedensdokument zu beweisen, daß **Deutschland als Weltvolk schlechterdings vernichtet werden soll.** Derartige Bestimmungen bedeuten eine vollständige Verleugnung jeder Idee des Völkerrechts, nach der jedes Volk den Anspruch auf das Leben hat. Dieses höchste Grundrecht darf ihm nur um der wirtschaftlichen Interessen anderer Völker willen nicht genommen werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in diesem Krieg in den alten Grundrechten hinzugefügt ist, wird in den Friedensverhandlungen verletzt, so in der Behandlung der Bewohner des Saargebietes als Zubehör der Bergwerke, in der offenen Form der Befragung in den Bezirken Eupen, Namur und Grenz-Nordbrabant, die überdies erst nach ihrer Unterstellung unter belgische Souveränität erfolgen soll, in Elsaß-Lothringen, wo die Verpflichtung Deutschlands, das Recht von 1871 wieder gut zu machen, den Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer bedeutet, in der Grenzführung über rein deutsche Gebiete zu Gunsten der polnischen Nachbarn. Die Grenzziehung zwischen Polen einerseits, Mittelschlesien, Brandenburg und Preußen andererseits, ist aus strategischen Gründen vorgenommen. Diese sind eben im Zeitalter eines durch den Völkerbund international geschützten Besitzstands schlechterdings unhaltbar. Am kraßesten zeigt sich dies in der Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes darin, daß Danzig vom Deutschen Reich abgetrennt und zu einem Freistaat gemacht werden soll. Weder geschichtliche Rechte, noch der heutige ethnographische Bestand des polnischen Volkes können gegenüber der deutschen Geschichte und dem deutschen Charakter dieser Stadt in Frage kommen. Ein freier Zugang zum Meere, der die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens befriedigt, kann durch völkerrechtliche Servitute durch Schaffung eines Freihafens gesichert werden. Auch die Deutschland zugewandene Abtretung der Handelsstadt Memel steht in keinerlei Zusammenhang mehr mit einem solchen Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Dasselbe gilt von der Tatsache, daß Millionen von Deutschen in Deutsch-Oesterreich der von ihnen erstrebte Anschluß an Deutschland verweigert wird und weitere Millionen an unseren Grenzen wohnende Deutsche gezwungen werden sollen, beim neugebildeten tschechisch-slovakischen Staat zu bleiben. Sogar dem Staatsgebiet gegenüber, das Deutschland verbleiben soll, werden die Verheißungen vom Selbstbestimmungsrecht nicht eingehalten. Eine Kommission zur Durchführung der Entschädigung soll ausschlaggebend für das deutsche Staatsweien werden. Eine solche Preisgabe seiner Unabhängigkeit kann keinem Deutschen zugemutet werden.

In dem 3. Abschnitt

#### Folgen und Ausblick

heißt es: All das zeigt, daß dieser der deutschen Regierung unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrags in schroffem Widerspruch mit der vereinbarten Rechtsgrundlage für einen dauernden Rechtsfrieden steht. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens, er führt das deutsche Volk in eine der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Daher wurde er in der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Mai von der Regierung, wie von allen Parteien als unannehmbar bezeichnet.

Die Verwirklichung dieses Vertragsentwurfs wird für die ganze Welt ein neues Unglück bedeuten. Eine sterbende Weltanschauung imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen fordert darin ihren letzten entsehligen Triumph. Aber in dem festen Entschluß, seine vertragsmäßigen Verbindlichkeiten zu erfüllen, macht Deutschland folgende

#### Gegenvorschläge:

Der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann wird zugestimmt und darüber hinaus noch die Abrüstung sämtlicher Linien-schiffe angeboten, unter der Voraussetzung, daß dem deutschen Volk ein Teil der Handelsflotte zurückgegeben wird. An der Spitze der Gebietsfragen ist der Grundsatz gestellt, daß keine Veränderung stattfinden darf ohne Befragung der von ihr betroffenen Bevölkerung, daß jede Regelung im Interesse und auf Wunsch der beteiligten Bevölkerung getroffen wird, und daß es sich um klar umschriebene nationale Bestrebungen handeln muß. So wird die Abtretung Oberschlesiens nachdrücklich abgelehnt, ebenso der Anspruch auf Ostpreußen, Westpreußen und Memel. In Danzig soll ein Freihafen geschaffen werden. Der Neutralisierung der Weichsel wird zugestimmt und den Polen völlige Gleichberechtigung in der Verwaltung der Befehlseinrichtungen gewährleistet. Die besetzten Gebiete sollen innerhalb 6 Monaten schrittweise geräumt werden. Falls ein Völkerbund zustande kommt, in dem Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden soll, will Deutschland die Verwaltung seiner Kolonien nach dem Grundsatz des Völkerbundes führen, gegebenenfalls nach dem Mandatar (Beauftragter). Die Strafbestimmungen werden abgelehnt und der Vorschlag eines neutralen Gerichtshofs, der alle begangenen Verletzungen der Gerechtigkeit und Gebrauchs des Kriegs aburteilen soll, abgelehnt. Was den Schadenersatz anbelangt, so Deutschland bereit, bis zum Jahre 1926 20 Milliarden Goldmark zu zahlen und vom 1. Mai 1927 ab jährliche Abzahlungen in zinsfreien Raten mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag 100 Milliarden Goldmark nicht übersteigen soll.

Darin eingerechnet sind sowohl die Leistungen an

Belgien für den ihm von dem Verband vorgetragenen Betrag, wie die bereits erwähnten 20 Milliarden Gold. Diese finanziellen Zusicherungen stehen aber im Zusammenhang mit der Gebietsfrage. Deutschland hat die Berücksichtigung der Danziger Note, allen Schaden zu ersetzen, der der Zivilbevölkerung der Verbündeten in den besetzten Gebieten von Frankreich und Belgien und ihrem Eigentum durch den Angriff Deutschlands zufließt, in der Danziger Note zugesagt, auf sich genommen unter der Voraussetzung und auf der Grundlage seines damaligen Bestandes. Tritt eine Verminderung des Reichsgebietes ein, so muß auch die Schadenersatzsumme entsprechend vermindert werden. Der mit der Restitutions der Schäden befaßten Wiedergutmachungskommission soll eine deutsche Kommission beigegeben werden, die sich mit ihr zu einigen hat. Im Falle der Nichterfüllung entscheidet ein gemischter Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz. Als weitere Voraussetzung der Zahlungsmöglichkeit ist anzunehmen, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Reineinnahmen als Abtragung zu zahlen hat, daß keine Verminderung des Reiches eintritt, die nicht eine Folge des Selbstbestimmungsrechtes ist, daß ihm die Wiederaufnahme seiner überseeischen Beziehungen und die Wiedergewinnung von Kolonien nicht verweigert wird, daß ihm eine hinreichende Handelsflotte bleibt, und daß es ihm gelingt, die aus dem Reichsgebiet entfernten Vermögen auf dem Weg internationaler Reduzierung zur Verteuerung heranzuziehen.

Die Frage der deutschen Schutzgebiete soll an einen besonderen Ausschuss verwiesen werden, der aus Bevollmächtigten und Sachverständigen zusammengesetzt ist. Die Forderungen des Reiches Deutschlands steht mit den Abmachungen des Waffenstillstands im Widerspruch. Die deutsche Friedensvertretung hält die Wiederherausgabe des deutschen Kolonialbesitzes für gerechtfertigt. Deutschland ist aber bereit, die Kolonien im Auftrag des Völkerbunds zu verwalten.

#### Der Zusammenbruch der deutschen Eisenindustrie.

Im Jahre 1913 betrug unsere Förderung an Eisenerzen 35,9 Millionen Tonnen. Nach Unterzeichnung der Friedensbedingungen der Entente würden uns nach dem aufgelegten Gebietsverlust nur insgesamt 7,4 Millionen Tonnen als Jahresproduktion verbleiben. Diese Ziffer spricht für sich selbst. Wir werden fast



ganz auf die Einfuhr von Erzen angewiesen sein. Die hohen Preise, die vom Ausland dafür gefordert werden, würden uns anfänglich machen, die Konkurrenz mit anderen Ländern erfolgreich zu bestehen. Das ist der Zusammenbruch der deutschen Eisenindustrie, durch den auch Hunderttausende von Arbeitern weitaus werden würden. Wie soll es uns dabei möglich sein, die vielen Milliarden zahlen und verzinsen zu können, die uns die Entente außerdem noch aufzwingen will.

#### Neues vom Tage.

**Berlin, 28. Mai.** Laut „Germania“ ist der preussische Gesandte beim Heiligen Stuhl von Nahlberg zurückgetreten. Sein Nachfolger soll Herr von Bergen aus dem Auswärtigen Amt werden, früher Legationsrat beim Vatikan, welcher als Vertreter des Reiches nach Rom geht. Der neue Gesandte ist Protestant und Zentrumsmann.

#### Die deutschen Geheimakten.

**Berlin, 28. Mai.** Wie verlautet, ist die Veröffentlichung der Aktenstücke aus dem Reichsarchiv zur Vorgeschichte des Kriegs in der ersten Juniwoche zu erwarten.

#### „Unannehmbar.“

**Berlin, 28. Mai.** In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, in der die Haltung der Regierung von mehreren Seiten heftig angegriffen wurde, erklärte Minister Dr. David, daß dem „Unannehmbar“ in der Rede Scheidemanns in der Nationalversammlung ein einstimmiger Beschluß des Reichsministeriums zugrunde liege. Im ersten Entwurf der Rede sei das Wort nicht enthalten gewesen.

#### Anfragen in der preuss. Landesversammlung.

**Berlin, 28. Mai.** Die Deutsche Dem. Fraktion und die Fraktionen der Deutschn. Volkspartei und der Deutschen Volkspartei haben in der preussischen Landesversammlung Anfragen über die Untertie in der Rheinprovinz zur Kostentragung vom Reich eingebracht. Namens der Zentrumsfraktion gab Abg. Herold eine Erklärung ab, die sich scharf gegen die rheinischen Bestrebungen richtet.

#### Kundgebung gegen die Abtrennung der Rheinprovinz.

**Bln, 28. Mai.** Auf das Gerücht, daß in Koblenz

einige Herren die Republik Rheinland ausgerufen haben, verließen die organisierten Arbeiter von Köln die Betriebe und veranstalteten Kundgebungen gegen die Loslösung vom Reich, die ruhig verliefen. Das Gerücht hat sich übrigens bis jetzt noch nicht bestätigt. Die Reichsregierung sei entschlossen, den Bestrebungen entgegenzutreten.

#### Bund technischer Angestellten.

**Berlin, 28. Mai.** Der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Verbandsrat des deutschen Technikerverbands haben die Vereinigung als „Bund der technischen Angestellten und Beamten“ beschlossen. Der Bund umfaßt 80 000 Mitglieder.

#### Ausführungen Kr. ezobeschädigter.

**Hamburg, 28. Mai.** Reichswehrminister Roske verließ gestern in Hamburg zu Verhandlungen über die Uebernahme der 12 000 Mann starken Hamburger Volkswehr in die Reichswehr und auf den Reichssetat. Während der Verhandlungen im Rathaus hielten sich Kriegesbeschädigte und Lazarettinsassen in einer Kundgebung zusammen. Sie drangen in das Rathaus ein, da die anwesende Schutzwache von 70 Mann nicht gegen die Kriegesbeschädigten vorgehen wollte, und verlangten mit Roske zu verhandeln. Roske wurde von ihnen bedrängt. Die Eindringlinge, etwa 100 an der Zahl, raubten in der Garderobe Kleidungsstücke und Waffen. Später gelang es dem Minister Roske, vom Balkon des Rathauses aus die Menge zu beruhigen und die vernünftige Mehrheit zum Abzug zu bewegen. Er verließ den Kriegesbeschädigten und Lazarettinsassen Berücksichtigung ihrer Forderungen. Infolge dieser Sitzungen konnten die die Volkswehr betreffenden Verhandlungen nicht weitergeführt werden. Reichswehrminister Roske hat gestern abend Hamburg wieder verlassen.

#### Aus dem irischen Landtag.

**Brag, 27. Mai.** Die neugewählte steiermärkische Landesversammlung ist heute zusammengetreten. Die Redner erklärten sämtlich treu an Deutsch-Oesterreich festhalten zu wollen. Der christlich-soziale Redner forderte außerdem die Vereinigung der 350 000 Deutschen Westungarns mit Steiermark.

**Wien, 28. Mai.** Ueber Budapest wird aus Szegedin gemeldet: 400 französische Soldaten seien wegen boschhaftiger Gesinnung durch Kolonialtruppen entwaffnet worden.

#### Von der Friedenskonferenz.

**Verailles, 27. Mai.** Es ist bezeichnet, daß die französische Regierung die letzte Note Brodorski über die Schuldfrage im Wortlaut nicht veröffentlicht hat, daß dagegen die französische Zensur heute eine entstellte Wiedergabe dieser Note gestattete.

**Bern, 27. Mai.** Von amerikanischen Seite wird mitgeteilt, daß insgesamt 25 Mitglieder der amerikanischen Sachverständigenkommission für die Friedensbedingung angeichts der wachsenden Unzufriedenheit mit den Friedensbedingungen ihre Aemter zur Verfügung gestellt haben.

**Paris, 28. Mai.** Clemenceau hat der österreichischen Friedensabordnung mitgeteilt, daß der Vertragsentwurf am 30. Mai übergeben werde. Die Fragen der österreichischen Heeresstärke, des Schadenersatzes und der Schulden werden aber weiterer Prüfung vorbehalten. Auch Oesterreich wird also in den wichtigsten Fragen noch in Ungewissheit und Abhängigkeit erhalten, sobald die Verbündeten immer die geeigneten Druckmittel zur Verfügung haben.

#### Scheit verhandlungen?

**London, 28. Mai.** Die „Times“ schreibt, französische Sozialisten haben mit den Unabhängigen und Kommunisten in Berlin verhandelt und ihnen gewisse Zugeständnisse der französischen Regierung zugesagt, wenn die Reichsregierung von ihnen übernommen würde. Ein endgültiger Beschluß sei nicht gefaßt worden.

#### Ein Reibungspunkt.

**Paris, 28. Mai.** Nach dem „Temps“ ist über die Frage, welche Truppen aus Syrien zurückzunehmen seien und welche dort bleiben sollen, noch keine Einigung unter den Entente-Mächten erzielt. Infolgedessen beauftragte die englische Regierung den General Allenby, vorläufig in Syrien zu bleiben und den Oberbefehl über die verbündeten Truppen weiter zu führen. Es schein überdies, sagt der „Temps“, daß die Meinungsverschiedenheit sich nur noch auf die Gebiete der Tiberias-Sees, Hauran und Palmira beziehe, denn im Gebiet von Damaskus, Aleppo und Diabefir sei das Besatzungsrecht Frankreichs unbestritten. (?)

#### Die Pariser Zensur.

**Paris, 28. Mai.** Die radikalsozialistische Zeitung „Prolétaire“ protestiert gegen die scharfe Handhabung der Zensur. Das werde zweifellos auch so bleiben, bis die Warden die Zensur erlegen. — Das Blatt meldet, der Nationalausschuß der Gewerkschaften habe beschlossen, sich mit den Engländern, Italienern und Franzosen ins Benehmen zu setzen, um die Regierung zur Zurückziehung der Truppen aus Rußland, Ungarn usw. anzufordern.

#### Der Außenhandel Frankreichs.

**Verailles, 27. Mai.** Laut „Temps“ betrug die Einfuhr nach Frankreich im ersten Vierteljahr 1919 5807 Millionen Franken, die Ausfuhr aus Frankreich dagegen nur 1000 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Einfuhr um 1119 Millionen, während die Ausfuhr um 75 Millionen fiel.

#### Letzte Nachrichten.

**Marienburg (Westpr.), 28. Mai.** Im alten Schloß des Deutschherrenordens trat gestern der Ausschuß der Abgeordneten für die Ostmark mit den Vertretern der Militär- und Zivilbehörden zu einer Beratung zusammen. In Leipzig wird eine Geschäftsstelle errichtet. Eine angenommene Entschädigung fordert die Bevölkerung auf, alle politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Gegenstände zurückzustellen und zum Abwech-



Tamp) gegen den fremden Feind einmütig zusammenzustricken.

**Nachen, 28. Mai.** Die belgischen Truppen haben am Montag Eupen, Moresnet, Sotchiel und Moeren besetzt.

**Dresden, 28. Mai.** Die sächsische Volkstammer sprach sich in ihrer sozialistischen Mehrheit grundsätzlich dafür aus, daß die Berliner sozialistischer Bergwerke keine Entschädigung erhalten sollen.

#### Warnung der Reichsregierung.

**Berlin, 28. Mai.** Die Reichsregierung erläßt folgende Warnung: „Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die preussischen Rheinlande zu einer selbständigen Republik auszurufen. Verfassungsgemäß bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staats. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Verletzung der Provinz Rheinland vom preussischen Staatsgebiete zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 N. S. B. mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Freiheitsstrafe bestraft wird. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an einem hochverräterischen Untertanen Beteiligten mit aller Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.“

**Berlin, 28. Mai.** Wie die „Voss. Zig.“ berichtet, ist die „Rheinische Zig.“ wegen der Veröffentlichung der Unterhaltung des französischen Generals Mangin mit dem Redakteur der „Köln. Volkszig.“ Froberg, Zentrumsbildung, Kasper und Kuchhoff über die Ausweisung der rheinischen Republik auf 8 Tage von der britischen Besatzungsbehörde verboten worden. Die sozial. Partei in Köln hat für die nächsten Tage große Protestveranstaltungen gegen den hochverräterischen Plan einberufen, Rheinland von Deutschland zu trennen. Das Ministerium hat sich gestern Abend mit den Vorkommnissen in Mainz, Koblenz und Köln befaßt. Dabei soll der Gedanke der Ernennung eines Staatskommissars erörtert worden sein, da diese Einrichtung sich in Schleswig und Oberpommern bewährt habe.

#### Die Schweiz lehnt ab.

**Bern, 28. Mai.** Nach den Blättern hat der Bundesrat die Zumatung der Friedenskonferenz, im Falle einer neuen Verschärfung der Blockade überhaupt nichts mehr nach Deutschland zu liefern, abgelehnt.

### Baden.

#### Die Regelung des Fremdenverkehrs in Baden.

**(-) Karlsruhe, 28. Mai.** Das Ministerium des Innern hat beschlossen, den Fremdenverkehr auch in diesem Jahr wieder zuzulassen. Die Kommunalverbände sind aber ermächtigt worden, zum Schutz der Ernährung der einheimischen Bevölkerung den Fremdenverkehr auf die Hauptreisezeit zu beschränken oder, soweit es sich nicht um Heilbäder handelt, bis zum 15. Juni ganz auszuschalten.

**(-) Karlsruhe, 28. Mai.** Im Ministerium des Innern fanden Vorbesprechungen über die Errichtung einer Verbraucherkammer statt, die ausschließlich den Schutz der Konsumenteninteressen zu vertreten hätte.

**(-) Karlsruhe, 28. Mai.** Der Verfassungsausschuß des Landtags lehte gestern die Beratungen über die notwendigen Änderungen des Schulgesetzes fort. Betreffend Gehaltssteigerungen für die Lehrerinnen sollen bei einer Neuordnung neue Grundlagen geschaffen werden. Der prinzipielle Unterschied dürfte nicht der zwischen Lehrer und Lehrerin sein, sondern der zwischen ledigen und verheirateten Beamten. Grundlegende Bedeutung für das Schulgesetz hat der Abs. 3 des Par. 19 der Verfassung, wonach kein Lehrer wider seine erklärte religiöse Überzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden kann. Der Ausschuß war der Ansicht, daß eine schriftliche Erklärung mit Bezugnahme auf die Verfassung bei der zuständigen Schulbehörde von dem Lehrer abgegeben werden muß, ebenso von dem Erziehungsberechtigten, der wünscht, daß der betr. Schüler am Religionsunterricht nicht teilnimmt. Die praktischen Schwierigkeiten, die sich besonders für lath. Lehrer ergeben werden, führten zu einer eingehenden Aussprache. Weiter befaßte sich der Ausschuß mit der Frage: Was soll mit Schülern geschehen, die aus dem bisherigen Religionsunterricht aussetzen? Man war der Ansicht, daß das Kind nicht gezwungen werden könne, anderweitig einen Religions- oder Sittenunterricht zu besuchen. Diese Fragen sollen in einem neuen Schulgesetz geregelt werden.

**(-) Karlsruhe, 28. Mai.** Der Landesauschuß Baden des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Zigarrenindustrie hat nach längeren Verhandlungen ein Tarifabkommen mit seiner Arbeiterchaft getroffen für die Dauer vom 1. April 1919 bis 31. März 1920.

**(-) Karlsruhe, 28. Mai.** Im hiesigen Rheinlande sind 16.000 Zentner ausländische Kartoffeln eingetroffen, die zum Preis von 10 Pfennig für das Pfund gegen Markenzugabe verkauft werden. Trotz dieses hohen Verkaufspreises hat die Stadtgemeinde bei dieser hohen Sendung einen Zuschuß von nahezu 100.000 Mk. zu leisten.

**(-) Mannheim, 28. Mai.** Die Vorstände der politischen Parteien des Rathauses haben dem Oberbürgermeister Dr. Kuper, der nach Auswahl der badischen Kollegien sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, ihr Vertrauen ausgesprochen. In einer Sitzung des Stadtrates wurde die Ansicht vertreten, daß Oberbürgermeister Kuper der Stadt erhalten bleiben müsse.

**(-) Schwetzingen, 28. Mai.** Wegen verdamneter Liebe drang der 30 Jahre alte Hilfsarbeiter Scharmann in das Haus seiner ehemaligen Braut ein, um sie zu erschlagen. Das Mädchen war aber kurz zuvor weggegangen. Scharmann bedrohte nun die Mutter und sandte der flüchtenden Frau zwei Schüsse nach, die glücklicherweise fehlgingen. Hieraus löste sich Scharmann selbst durch einen Schuß in den Kopf. Bei dem Toten wurden zwei Revolver und eine Schatzpatrone gefunden.

**(-) Wiesloch, 28. Mai.** Ein Motorradfahrer wollte an dem Rauenberger Uebergang der Nebenbahn noch vor einem Zug die Gleise überqueren. Der Motorradfahrer beachtete das Signal des Zugführers nicht, wurde von dem elektrischen Wagen erfasst und getötet. An dem Uebergang, an dem sich schon mehrere Unglücksfälle ereignet haben, befindet sich keine Schranke.

**(-) Willingen, 28. Mai.** Nach längerem Leiden ist der Verleger des „Willingen Volksblatts“ und des „Eisberger Boten“, Buchbindermeister Hermann Müller, gestorben.

**(-) Freiburg, 28. Mai.** Im Felsengebiet Ober-Ries stürzte ein Student mit Namen Birnbaum ab und war sofort tot.

**(-) Adolfszell, 28. Mai.** Den Grenzaußwärtigen in Adolfszell ist es gelungen, die Frau eines höheren Beamten aus Gemmenhofen festzunehmen, als sie eine größere Menge Schokolade über den See schmuggeln wollte. Die Verhaftete soll, wie sie laut „Freier Stimme“ selbst eingestanden hat, schon verschiedene Male etwa 500 Kilo Schokolade, sowie Kleider im Wert von gegen 1000 Franken in einem modernen Schmugglerboot über die Grenze geschafft haben.

### Württemberg.

**(-) Stuttgart, 28. Mai.** (Neuer Minister.) Wie verlautet, wird der frühere Oberbürgermeister von Göppingen, Dr. Med., das Ministerium des Innern übernehmen an Stelle des nach Köln übersiedelnden Dr. Lindemann. Dr. Med. der seit einigen Tagen als Direktor im Ministerium tätig ist, gehört der Deutschen demokratischen Partei an. Die 8 Ministerie vertheilen sich nunmehr auf folgende Parteien: 1 Sozialdemokraten (Blos als Staatspräsident und Minister des Innern und der Verkehrsanstalten, Heymann Kultminister, Herrmann Kriegsminister und Schlögl Arbeitsminister), 3 Demokraten (Fischer Finanzminister, Baumann Ernährungsminister und Med. Minister des Innern), 1 Zentrum (Krone Justizminister).

(Dem „Staatsanzeiger“ zufolge soll eine Entscheidung über die Nachfolgerschaft Lindemanns noch nicht getroffen sein.)

**(-) Stuttgart, 28. Mai.** (Landwirtschaftskammer.) Der Sonderauschuß für die Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes nahm gestern die 2. und 3. Lesung des Entwurfs vor. In zweiter Lesung regte ein Mitglied des Zentrums die Verlegung des Sitzes der Kammer nach Ulm an. Die Anregung fand aber von keiner Seite Unterstützung. In Art. 3 des Entwurfs, die Zusammenfassung der Kammer beantragte Abg. Strauß (D.), die Wiederherstellung des Entwurfs, wonach die Kammer aus 60 von den Landwirten und 16 von den landw. Arbeitern gewählten Mitgliedern bestehen soll. Der Antrag Strauß wurde mit 14 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der weitere Antrag Strauß für den Gartenbau nur 1 Vertreter (statt 2) zu bestimmen wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Von Art. 3. und Strauß (D.) wird beantragt, das Wahlrecht auf das 25. Lebensjahr festzusetzen. Entwurf 20. Der Antrag wurde mit 10 gegen 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die übrigen Artikel des Gesetzes wurden ohne Änderung angenommen. — In der 3. Lesung wurde ein Antrag Hanke (D.) und Fischer (D.) die Zahl der Mitglieder, die durch Auswahl in die Kammer berufen werden können, von 19 auf 11 erhöht. Damit hat die Landwirtschaftskammer künftig 80 Mitglieder.

**(-) Stuttgart, 28. Mai.** Aus dem Parteileben. Die württ. Zentrumspartei hat in Stuttgart das Haus Seckstraße 99 käuflich erworben. In diesem Haus soll ab 1. Juni das Parteisekretariat untergebracht werden.

**(-) Ultingen, 28. Mai.** (Angestellten-Heimstätte.) Vor einigen Tagen wurde hier der Verein für Angestellten-Heimstätten Ultingen ins Leben gerufen, dessen Zweck die Errichtung von Ein- und Mehrfamilienhäusern ist.

**(-) Ludwigsburg, 28. Mai.** (Jubiläum.) Heute werden es 25 Jahre, daß Schulrat Dr. Daller, damals 3. Stadtpfarrer, das hiesige Kreisamtsinspektorenamt übernommen hat; 1896 gestellte sich diesem Amte das Bezirksamtsinspektorenamt Ludwigsburg bei und 1910 wurde Daller zum Hauptamtlichen Bezirksamtsinspektoren ernannt, dem der Toppelbezirk Ludwigsburg-Leonberg mit 41 Schulgemeinden und 195 Schulklassen, einer der größten des Landes, untersteht. Die „Ludw. Zig.“ schreibt: Mit vorbildlicher Berufstreue hat Dr. Daller, der 1912 den Titel Schulrat erhielt, sein schweres, an geistige und körperliche Spannkraft starke Anforderungen stellendes Amt versehen und er hat sich damit um die Volksschule ein großes und bleibendes Verdienst erworben.

**(-) Leonberg, 28. Mai.** (Geheimdruckerei.) Im „Hühnerneß“, einer Hühnerzuchterei im Walde an der Kantelstraße Ultingen-Solitude, wurde auf der Suche nach in Leonberg gestohlenen Hühnern eine sparta lithische Druckerei ausgehoben und 15.000 Stück Flugblätter, an die Bauern gerichtet, beschlagnahmt. Weiter wurden gefunden zu Schabstocken verarbeitete Treibriemen. Druckerei und Kunde wurden samt Personal nach Leonberg verbracht.

**(-) Stuttgart, 28. Mai.** (Unfälle.) Der bei einer Arbeitskompanie in Stuttgart stehende Feldzugsteilnehmer Herr. Wolf von hier, Vater von sechs Kindern, wurde beim Räumen eines Depots von einem Kraftwagen herabgeschleudert. Ein herabfallender Tisch stürzte ihm auf den Kopf und zertrümmerte ihm die Hirnhäute. Der Schwerverletzte befindet sich im Garnisonslazarett in Stuttgart.

**(-) Heilbronn, 27. Mai.** (Diebstahl.) In der Nacht wurde in der Zigarrenfabrik von W. Adler in der Bahnhofsstraße eingebrochen und 5700 Zigarren im Wert von 2400 Mark entwendet.

**(-) Adelberg, 28. Mai.** (Ertrunken.) Beim Baden ertranken im Herrenhäuse zwei 15 Jahre alte Knaben, ein Sohn des Raurermeisters Friedrich Regelman und ein Sohn des Wagnermeisters Kammerer. Die beiden Leichen konnten erst nach Abklingen des ganzen Mühlentieres geborgen werden.

**(-) Gmünd, 28. Mai.** (Mitsjubläum.) Heute feierte Oberbürgermeister Wöhler sein 25jähriges Amtsjubiläum. Im Sitzungssaal des Rathauses fand

eine öffentliche Festigung der bürgerlichen Kollegialität statt.

**(-) Megingen, 28. Mai.** (Weißhühnerfest.) Der weidlich verfolgte Otto Hohl von Gronau, O.A. Marbach, ein alter Bekannter des Buchhändlers, trieb sich, mit allerlei Ordenszeichen geschmückt in Uniform herum. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde er von dem Viehhändler und Bauern Herz von Bleienstetten, dem er ein Pferd im Wert von 2100 Mk. abgeschrieben hatte, wieder erkannt und festgehalten. Hohl riß sich los und gab auf seine Verfolger mehrere Schüsse ab. Er wurde aber von Schupplenten und vorübergehenden Personen wieder dingfest gemacht und in nicht ganz sanfter Weise hinter Schloß und Riegel gebracht.

**(-) Neutlingen, 28. Mai.** (Der Banarbeitskreis.) In Sachen des Banarbeitskreises hat der Schlichtungsausschuß in Stuttgart sich für die Forderungen der Arbeitnehmer — 1.80 Mk. für gelehrte, 1.65 Mk. für Hilfsarbeiter — entschieden. Die Arbeitgeber Neutlingen-Ubingens haben gestern Abend hierüber nochmals beraten und die Angelegenheit dann wieder aus Arbeitsministerium zu dessen endgültigem Beschieden gegeben. Die Arbeit soll am Freitag wieder aufgenommen werden.

**(-) Ulm, 27. Mai.** (Nach ein Geistlicher als Gemeindevater.) Superior Pfaff in Reute bei Baldshaus ist nicht der einzige Geistliche im Lande, der zum Gemeindevater gewählt wurde. Hier ist Stadtpfarrer Endrich, der von der Bürgerpartei auf den Wahlzettel gesetzt, mit großer Mehrheit in den Gemeinderat gewählt worden.

#### Gemeinderatswahlen im Lande.

Böblingen: Dem. P. 11, Soz. 7, Unparteiische 2 Sige. — Gorb: Dem. 10, D. d. P. 4 und Soz. 2. — Gmünd: Dem. 12, Bürgerpartei 1, D. d. P. 5, Soz. 9 und Unabh. 1. — Lorch: D. d. P. 10, Soz. 4, Bürger- und Bauernpartei 2. — Böblingen: Soz. 3, Unabh. 4 und Wählervereinigung 7.

**— Ertrag für Kartoffel.** Da mit einem demnächstigen Besiegen der Kartoffelzünbrun geschneit werden muß, hat der Reichsernährungsminister angeordnet, daß in Zukunft für jedes an der fünfjährigen Nation stehende Pfund Kartoffeln 140 Gramm Mehl auszugeben werden. Solange der Bestand an Kartoffelveredlungserzeugnissen es zuläßt, wird an Stelle von Getreidemehl Kartoffelmehl oder Stärkemehl auszugeben.

**— Kleingärten und ländliche Kleinpacht.** Die Reichsregierung hat, um den Schutz des Kleingartenwesens auf erweiterte gezielte Grundlage zu stellen, einen Gesetzentwurf der Reichsversammlung vorgelegt, der zugleich einen Weg weisen soll, um den auf dem Gebiete der ländlichen Kleinpacht aufgetretenen Bedürfnissen nach rechtlichem Schutz und gezielter Regelung Rechnung zu tragen.

**— Die Donigaussichten.** Die Frühjahrsentwicklung der Bienen ließ infolge der ungenügenden Witterungsverhältnisse im April viel zu wünschen übrig. Die Folge war, daß die Bienenwässer jetzt vor der Nacht noch sehr schwach sind. Der Mai ist zu trocken, dabei recht kühl, namentlich die Nächte. Dieser Umstand verhindert, daß die jetzt vorhandenen zahlreichen Blütenfelder den nötigen Nahrung, was dem die Bienen den Honig bereiten, absondern können. Wenn nicht bald besser kommt, wird ein großer Teil der Donigtouren leer bleiben. Wer auf Honig reflektiert, wird gut tun, wenn er ihn zeitig bei einem ihm befreundeten Imker bestellt. Er dürfte heute teuer werden, denn man spricht von 10 Mk. für das Pfund.

**— Eländliches Hausgerät.** Die franz. 4. Armee teilt mit, daß jed. Ausfuhr von Hausgerät aus dem Elsas nach Deutschland angeblich geipert ist.

**— Der Schnellzug 237** bisher von Stuttgart Böhl. ab 8.38 nachm. nach Berlin Anhalter Bahnhof an 12.00 nachm., verkehrt schon am Samstag, 31. Mai, von Stuttgart Hauptst. über Oberhausen — Würzburg — Schweinfurt — Mittelhäusen — Erfurt Halle bis Berlin Anhalter Bahnhof, in dem vom 1. Juni 1919 ab gültigen neuen Fahrplan und zwar am Samstag, 31. Mai Stuttgart Böhl. ab 6.15 nachm., Berlin Anb. Bahnhof an 8.00 vorm.

## Konzert-Programm

KUR-KAPELLE WILDBAD  
Leitung: Musikdirektor P. Franz.

Freitag, den 30. Mai.  
nachm. 5—6 Uhr Kurplatz

- |  |             |
|--|-------------|
| 1. Militär-Marsch                        | Schubert    |
| 2. Ouverture „Die Königin für einen Tag“ | Adam        |
| 3. Melodien aus „Don Juan“               | Mozart      |
| 4. Finale aus d. Op. „Loreley“           | Mendelssohn |
| 5. Walzer aus „Die Czardasfürstin“       | Kalman      |

Samstag, den 31. Mai.  
vorm. 11—12 Uhr Trinkhalle

- |   |             |
|---|-------------|
| 1. Choral: Nun freut euch liebe Christengemein. |             |
| 2. Ouverture z. Op. „Alceste“                   | Glück       |
| 3. Pierrots Liebesständchen                     | Einödshofer |
| 4. Melodien aus „Das Glöckchen des Eremiten“    | Mastlari    |
| 5. Die Libelle, Mazurka                         | Strauß      |

nachm. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Anlagen

- |                               |          |
|-------------------------------|----------|
| 1. Wie einst im Mai, Marsch   | Kollo    |
| 2. Ouverture „Tantalusqualen“ | Suppe    |
| 3. Lob der Tränen, Lied       | Schubert |
| 4. Moderne Weisen, angereicht | Morena   |
| 5. Schatz-Walzer              | Strauß   |

Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Kursaal

5. Musikalischer Abend  
(Operetten-Abend)





# Letzte Nachrichten.

In alliierten Kreisen erwartet man die Entscheidung in der Friedensfrage seitens der Entente schon innerhalb 48 Stunden nach Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge. Alle Vorbereitungen sollen für den unwahrscheinlichen Fall einer Ablehnung der wahrscheinlich etwas gemilderten Friedensbedingungen getroffen sein.

Graf Brockdorff-Rantzau hat am Mittwoch den ersten Teil, am Donnerstag den Rest der deutschen Denkschrift zum Friedensvertragsentwurf der Gegner überreicht.

Die Friedensbedingungen an Oesterreich sollen heute Freitag mittag 12 Uhr überreicht werden.

Im Falle einer weiteren Besetzung Deutschlands soll die Befestigung 80 Kilometer auf der rechten Rheinseite ausgedehnt werden. Englische Truppen würden dann das gesamte Industrie- und Kohlenfeld besetzen.

Nach einer Reutermeldung wird Deutschland gegenüber den Forderungen der Alliierten eine Gegenforderung von 12 Milliarden 850 Millionen Mark für den durch die Blockade angerichteten Schaden vorlegen.

Die Zusammenziehung der polnischen Streitkräfte an der deutschen Grenze wird jetzt auch feindlicherseits bestätigt. Feindliche Marine soll außerdem in Danzig ausgeschifft werden „in Anbetracht eventueller Unruhen“.

## Zur Wahl der Landeskirchenversammlung.

Die Wahl steht vor der Tür. Allerlei Anzeichen deuten darauf hin, daß die Menschen das viele Wählen bereits satt haben. Schon die bürgerlichen Wahlen haben da und dort

eine bedenkliche Wahlmüdigkeit geoffenbart. Wie wird es erst bei den kirchlichen sein? Wo es sich um Dinge handelt, denen viele so unbegreiflich gleichgültig gegenüberstehen. Darum sei es mit allem Nachdruck betont, daß gerade im jetzigen Zeitpunkt die kirchlichen Wahlen wichtiger sind als die bürgerlichen. In aller Eile wird sich herausstellen, daß in den nächsten Jahren weder Reichstag noch Landtag soviel zu sagen haben. Unsere Regierung wird in Wahrheit der Feind führen und uns vorschreiben, was wir zu tun und zu lassen haben. Dagegen im geistigen Leben sind wir frei, da kann uns keine Macht der Welt dreinreden. Darum wird und muß sich das deutsche Leben, das lange Zeit auf Innere und Innerste zurückziehen, um dort neue Kräfte zu sammeln. Ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Stück dieses geistigen Lebens zumal auf dem Land und in der Kleinstadt ist die Kirche. Darum ist es von großer Bedeutung, daß die Kirche als Volkskirche erhalten bleibt, ja daß sie jetzt erst recht Volkskirche wird. Wer sie gerade jetzt in ihrem Wirken zu hindern, zu beeinträchtigen, zurückzuschneiden sucht, der versündigt sich in unverantwortlicher Weise an unserem Volk. Mit der Kirche würde ihm auch noch der letzte Halt genommen, der ihm in dem furchterlichen Zusammenbruch geblieben ist. Das sollten auch die haben, die für ihre Person diesen Halt nicht nötig zu haben glauben. Darum sollten alle, „gläubig oder ungläubig“, dazu mithelfen, daß die Kirche wird, was sie sein soll, wirkliche Volkskirche. Dazu muß sie jetzt umgebaut und ausgebaut werden. Diese große und schwere Aufgabe muß die Landeskirchenversammlung in Angriff nehmen. Volkskirche muß die Lösung der kommenden Wahl sein; und wer die Tragweite dieser Lösung ermisst oder auch nur ahnt, der wähle! und wähle die volkskirchlichen Bewerber: Apotheker Bozenhardt von Neuenbürg und Stadtpfarrer Sandberger von Lebnzell.

Wildbad, 30. Mai. Vom 1. Juni ab versehen die Jünger von und ab Wildbad folgendermaßen:

Abgang: 5.53 W	Ankunft 8.02 W
6.56 F	8.57 F
9.28	1.02
1.32	3.27 F
4.32 S	4.50 W
5.00 W	7.17
7.45	9.42

Auf das Eingefandt des namenlosen Handwerksmeisters, wird uns von Architekt Hugenlaub hier folgendes erwiedert: Nach dem Artikel des hiesigen Handwerksmeisters wäre also jegliche Arbeitsvergebung ohne weiteres als Preisbrücherei anzusehen. Zu wessen Ruh und Frommen das Bauen ohne Vergütung dienen würde, bedarf wohl keiner Erklärung, da es nachweisbare Tatsache ist, daß unter den Offerten der hiesigen Handwerksmeister für das Bauen gewissermaßen Preisunterschiede bei Arbeitsvergaben sich ergeben. Bezeichnend für die Geschäftskennntnis des Anonymus ist, daß er die Architekten als Preisbrücker beschuldigt, denn selbst ein Lehrling ist sich darüber klar, daß der eigentliche Preisbrücker doch nur der Konkurrent mit dem billigeren Offert ist. Mir scheint, daß dem betr. Herrn die Mitwirkung der Architekten auch hinsichtlich der Beaufichtigung der Arbeitsausführung, ein Dorn im Auge ist. — Zu Punkt 2 betr. Lebensmittelbeschaffung durch Arbeitsvergaben, fühle ich mich insofern zu einer Erwiderung veranlaßt, als ich es in letzter mehr wie gemein finde, wenn ein Handwerksmeister ohne den Namen des Architekten zu nennen, öffentlich einen ganzen Berufsstand anschwärzt.

Bezeichnend für die Haltlosigkeit dieser Beschuldigung ist, daß der Einfender des Artikels seinen Namen nicht wissen lassen will, denn wer die Wahrheit als Kampfmittel hat, geht nicht anonym vor.

## Suppen-Einlagen.

Auf Lebensmittelmarken 17 wird abgegeben:

**1 Pfund Suppeneinlagen.**

Wissen-Schluß Samstag abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Rappellmann. Arbeiterrat Schlüter.

## Fleisch-Abgabe.

Die Inhaber der Lebensmittelnummern 34 bis einschl. 450 erhalten am Samstag den 31. Mai von vormittags 8 Uhr ab pro Person

**einviertel Pfund Fleisch**

im Freibanklokal des Städt. Schlachthaus gegen Abgabe von halben Fleischmarken.

Städt. Lebensmittelamt.

Rappellmann. Arbeiterrat: Schlüter.

## Brotkarten-Abgabe.

Großkarten usw. werden am Samstag von 8—12 und von 2—6 Uhr für die zweite Hälfte des Monats Juni abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt.

Rappellmann. A. A. Schlüter.

## Freiwillige Feuerwehr

Wildbad

Betr. Einteilung der Theater-Wache haben sich die Kameraden bis längstens Samstag abend beim Kassier, Herrn Malermeister Bus zu melden.

Das Kommando.

## An unsere evangelischen Mitdristen!

Wir stehen in unserer württ. evangel. Kirche vor den Wahlen zur Landeskirchenversammlung. Ihre Aufgabe wird sein, die Verfassung unserer Kirche völlig neu zu gestalten. Es werden dabei die tiefsten Fragen zur Verhandlung kommen müssen, an denen die Entscheidung für die Zukunft unserer evang. Kirche und damit unseres ganzen Volkes hängt. Auch die Frage wird nicht zu umgehen sein, ob das uns durch die Reformation geschenkte Bekenntnis zur Heiligen Schrift und zu Jesus Christus, dem lebendigen Herrn der Kirche, unangetastet bleiben soll.

Es muß uns ein heiliges Anliegen sein, daß unsere evang. Kirche auch in ihrer neuen Gestalt eine „Volkskirche“ im rechten Sinn des Wortes bleibe und immer mehr werde, d. h. eine Kirche, durch deren Dienst allem Volk das Heil in Christus dargeboten wird. Dazu muß sie aber eine Kirche des klaren und lautereren Evangeliums Gottes sein, und darf nicht eine Kirche werden, in der allerlei Menschenlehren und Zeitmeinungen sich geltend machen dürfen.

Wir wünschen von Herzen die Erhaltung unserer Kirche für unser Volk als Ganzes; aber die Gefahr steht drohend vor uns, daß das Heilsgut des Evangeliums in der künftigen Kirche verkürzt werde über dem Bestreben, die Kirche dem herrschenden Zeitgeist anzupassen und auf solche Weise Grundvollständig und freiheitlich zu gestalten. Deswegen ist es nötig, daß so viel als uns ankommt, Männer in die Landeskirchenversammlung entsendet werden, denen bei dem ein Herzensanliegen ist, nicht nur daß die Kirche so weit als möglich „Volkskirche“ werde, sondern vor allem auch, daß in der Kirche das Kleinod des Evangeliums unangetastet bleibe.

Diese Grundsätze werden vertreten von

**Pfarrer Hornberger in Zwerenberg**

und

**Blattmeister Klingemayer in Baldrennach.**

## Die Deutsche demokr. Partei

empfehlen ihren Mitgliedern und Freunden, zur

**Landeskirchenwahl**

am 1. Juni ihre Stimmen

den liberalen Kandidaten

Herrn

**Pfarrer Sandberger**

aus Liebenzell und

**Apotheker Bozenhardt**

aus Neuenbürg

zu geben.

Unter Hinweis auf die

außerordentliche Wichtigkeit

dieser Wahl bitten wir unsere Mitglieder und Freunde der Partei, sich recht zahlreich an der Wahl beteiligen zu wollen.

Die Wahl findet am Sonntag den 1. Juni, von 11 Uhr

vormittags bis 3 Uhr nachmittags in der evang. Kirche statt.

Wahlzettel sind am Eingang zur Kirche zu haben.

Der Ausschuss.

Wildbad.

## An die Wähler

des Kirchenbezirks Neuenbürg.

Wißt Ihr, daß am nächsten Sonntag die

**Wahl zur Landeskirchenversammlung**

stattfindet?

Wißt Ihr, daß eine rechtsstehende, eine pietistische Mehrheit in drohender Nähe gerückt ist?

Wißt Ihr, daß eine solche Mehrheit eine ungeheure Gefahr für unsere Kirche bedeutet?

Einkührende Stimmen auf der Rechten machen gar kein Hehl daraus, daß sie die Volkskirche sprengen wollen. Sie wollen die Bekenntniskirche.

Wißt Ihr, was das bedeutet?

Die geplante Bekenntniskirche bedeutet die kirchliche Entrechtung aller fortschrittlich Gesinnten, die sich nicht in geistlicher Weise an den Buchstaben des Bekenntnisses binden lassen wollen.

Sie bedeutet aber noch mehr.

Sie stellt alle bisherigen Erfolge der rechtlichen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Frage, namentlich die Erteilung des konfessionellen Religionsunterrichts in der Schule. Einer untreuen Richtungskirche wird der Staat niemals dieselben Rechte einräumen, wie einer umfassenden Volkskirche.

Wer eine weitherzige, duldsame Volkskirche erhalten will, wer sie vor Unfreiheit und Verunsicherung bewahren will, der trete am 1. Juni selbst vor die Wahlurne, der veranlasse alle seine Gesinnungsgenossen, daß sie sich an der Wahl beteiligen.

Weg mit aller Klauheit und Wahlmüdigkeit, die Gegenseite ist gut organisiert und arbeitet in der Stille.

Auf zur Wahl am 1. Juni, alle, die Ihr Euer Ideal sehen in Verbindung von Freiheit und Frömmigkeit, von Evangelium und Kultur, von Sozialismus und Christentum.

Erkennt und gebt den Zettel ab mit den 2 Namen:

**Stadtpfarrer Sandberger,**

**Liebenzell,**

und

**Apotheker Bozenhardt,**

**Neuenbürg.**

## Wahl

zur Landeskirchenversammlung.

Von dem freier gerichteten Teil unserer Kirchengenossen sind die Unterzeichneten als Kandidaten aufgestellt. Wir stehen auf dem Boden des Evangeliums und des Bekenntnisses unserer evang. Kirche, aber wir wollen keine engherzige Ueberspannung der Bekenntnisfrage, wodurch sich unsere Volkskirche in allerlei Vereinigungen und Richtungskirchen zersplittern würde.

Wir sind nicht Gegner der Gemeinschaften; wir achten ihre Eigenart und lassen ihnen ihr Recht in der Kirche ungeschmälert. Aber wir fordern Gleichberechtigung für die verschiedenen Richtungen evangelischen Glaubens und treten ein für gegenseitige brüderliche Duldsamkeit. Wir leben in dieser Verschiedenheit eine gottgegebene Tatsache und eine Lebensnotwendigkeit für die Volkskirche, welche allen ihren Gliedern mit dem Reichtum des Evangeliums dienen will.

Wir treten ein für einen Neuaufbau der Kirchenversammlung im Geiste gesunden Fortschritts; dabei soll das Kirchenvolk durchweg zur Selbstbestimmung über die neuen Ordnungen und zur Mitverantwortung beigezogen werden. Die Kirchengemeinden sollen in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten freieren Spielraum erhalten, insbesondere auch das Recht zweckmäßiger Mitwirkung bei Besetzung ihrer Pfarrstellen.

Die Kirchenbezirke sollen zu lebendigen Zwischengliedern zwischen Einzelgemeinde und Gesamtkirche ausgestaltet werden und auf die Besetzung der Defanatstellen Einfluß erhalten.

Die Landeskirchenversammlung wird oberste Instanz für kirchliche Gesetzgebung und Vermögensverwaltung (Steuerwesen). Sie wählt die Kirchenregierung und ernennt das Konsistorium als oberste Verwaltungsbehörde.

Für die Ausbildung der Pfarrer fordern wir **Beibehaltung der freien Hochschulbildung** an der theologischen Fakultät der Universität. Wir erachten das für unerlässlich zur Ausübung für die vielfältigen Aufgaben des Pfarramts, wie im Interesse des Ansehens von Pfarrstand und Kirche.

Zu allen einzeln herantretenden Fragen werden wir unsere Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen treffen, einzig und allein geleitet durch die Rücksicht auf das Beste unserer Kirche und auf das Heil unseres evang. Volkes.

**Stadtpfarrer Sandberger** Apotheker Bozenhardt  
in Liebenzell in Neuenbürg.

**Ev. Jünglingsverein.** Freitag abend 8 Uhr zahlreiches Erscheinen erbeten.

**Schulentlassenes Mädchen**

oder **Junge**

zum Zeitungsverkauf bei sehr gutem Lohn gesucht.

**Buchhandlung Ertzler** König-Karlstraße 187.

**F. V. W.**

Verteilung morgen **Samstag**

**Holzrolläden**

4 Stück gut erhaltene zu verkaufen.

**Ch. Schmid u. Sohn,**

**Kau-Tabak**

ist eingetroffen bei **Chr. Schmid und Sohn** Tabakwarengroßhandlung.

**Gebrauchter Gasherd**

zu kaufen oder zu leihen gesucht.

**Frau Ertzler** (Haus Waldheim.)

Ein in Mitte der Stadt gelegenes dreistöckiges **Wohnhaus**

mit Werkstoff hat zu verkaufen Näheres in der Erped. [362]

**Glosettpapier** zu haben bei **GESCHW. FLUM** neb. d. „Sonne“.

